



Analyse der Antworten von Kandidaten zur Abgeordnetenhauswahl 2011 zum Thema „Rückkauf der RWE- und VEOLIA-Anteile an den Berliner Wasserbetrieben“

Die überparteiliche und institutionell unabhängige Internetplattform „Abgeordnetenwatch“ fragte sämtliche Kandidaten zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2011 nach ihrer Meinung zu der

These 7: Die Berliner Wasserbetriebe gehören in öffentlichen Besitz. Anteile des Unternehmens sollen daher *zurückgekauft* werden.

Dazu nahmen insgesamt 414 Kandidaten Stellung. Die Meinung der Kandidaten folgender Parteien erachte ich als wichtig: CDU (66 Kandidaten), DIE LINKE (66 Kandidaten), SPD (64 Kandidaten), DIE GRÜNEN (64 Kandidaten) und die PIRATENPARTEI (38 Kandidaten). Das sind insgesamt 298 Kandidaten, von denen vermutlich knapp die Hälfte Aussicht haben, gewählt zu werden.

Die teils sehr knappen („stimme zu“ - „stimme nicht zu“), teils ausführlicheren Antworten wurden in folgender Weise strukturiert:

- Haupteinwand gegen obige These
- konkreter Handlungsvorschlag (bzw. Gegenvorschlag)
- Ansicht zur Rolle des Landes Berlin hinsichtlich der Berliner Wasserbetriebe
- Begründung für den befürworteten Schritt bzw. für die Beibehaltung des status quo
- Bedenken/(einschränkende) Bedingung
- zusätzliches Argument zur Bekräftigung der Handlungsoption

Bei der Analyse der Antworten möchte ich darauf verzichten, Kandidaten persönlich und namentlich herauszustellen. Mein Anliegen ist es, die derzeitig sehr unterschiedliche Kenntnislage der Thematik innerhalb der einzelnen Parteien zu verdeutlichen und auf die Notwendigkeit, als ersten Schritt auf dem Wege zur „Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe“ **Begriffsklarheit** herzustellen, hinweisen.

- 1) Der mit der These bereits implizierte (rein kommerzielle) Rekommunalisierungsweg stößt bei den Kandidaten der CDU nahezu einhellig auf Ablehnung. Interessant für uns ist weniger die „vergiftete Lösung“ »Das Land Berlin könne auf seine Gewinne aus dem Betrieb der BWB verzichten«, sondern die Hinweise »Das Land sei doch „eigentlich“ **Mehrheitseigner**« und »technische **Effizienz** ist wichtig«.
- 2) Unter den SPD-Kandidaten herrscht etwas Verwirrung: einerseits »Daseinsfürsorge«, andererseits »nach Finanzlage«. Eine Abgeordnete sagt: »Rückabwicklung ist zu teuer«, eine andere »Rückabwicklung ist billiger als Rückkauf« - Kosten-Nutzen-Abwägung: Fehlanzeige. Ein Kandidat merkt: »es sind mehr Fakten erforderlich«. Wie wahr!
- 3) Die GRÜNEN fordern den „dreifachen Rittberger“: »gesicherte Finanzierung (des Rückkaufs), Preise spürbar senken und ökologische Wasserwirtschaft einführen«. »Verträge außer Kraft setzen« und »Sinnhaftigkeit (der Verträge) prüfen« sind auch keine justiziablen Wegbeschreibungen.
- 4) Unter den LINKEN gibt es Naive (»RWE und VEOLIA müssen ihre Anteile zurückgeben«, »Verpfändung öffentlichen Gutes rückgängig machen«), aber auch die klare Ansage: »Rückabwicklung nach ernsthafter rechtlicher Prüfung« bzw. »Extragewinne der Privaten vom Rückkaufpreis abziehen«. Das hätte ja auch 'mal ein GRÜNER sagen können!
- 5) Die PIRATENPARTEI hat nicht nur die Aussage »Infrastruktur komplett in öffentliche Hand« in ihrem Wahlprogramm; auch ihre Kandidaten äußern sich bemerkenswert klar sowohl hinsichtlich der eingetretenen Nachteile für die Bürger seit der Teilprivatisierung der BWB als auch hinsichtlich des politisch-juristischen Weges, der zu beschreiten wäre: »zunächst Rechtsgültigkeit, mögliche Sittenwidrigkeit und Haftbarkeit der beteiligten Personen prüfen« und »(von den Managern) den Nachweis verantwortungsvollen Wirtschaftens fordern«. Mehrere PIRATEN präferieren eindeutig die Rückabwicklung vor dem vom Befrager („Abgeordnetenwatch“) suggerierten Rückkauf. Es ist an den Kundigen unter den Akteuren des „Berliner Wassertisches“, die Erwartungen der Kandidaten auf technische, wirtschaftliche und juristische Fakten zu erfüllen. „Fairneß“ oder einen „stimmenden Preis“ von RWE und VEOLIA zu erwarten, ist eine Illusion.